

## SCHWEIZ/KROATIEN

### Menschenrechtspreis auf der Balkanroute

Der diesjährige Schweizer Menschenrechtspreis «Offene Alpen»<sup>1</sup> ging an zwei kleine aber sehr effiziente NGOs aus Zagreb: Das «Centre for Peace Studies» und «Are You Syrious?». Mit ihrem humanen, juristischen, materiellen und politischen Engagement gegenüber den in Kroatien oder an der bosnisch-kroatischen Grenze gelandeten Geflüchteten fallen sie gänzlich aus dem offiziellen Rahmen eines Landes, das die Aussengrenze Europas bewacht.

Wir haben immer wieder über die Arbeit dieser mutigen, zumeist sehr jungen Menschen berichtet, unterstützen sie regelmässig und organisieren seit mehreren Jahren internationale Delegationen zu ihnen.<sup>2</sup> Dieses Mal sind drei von ihnen, junge Frauen aus Zagreb, in die Schweiz gekommen, um den Preis von uns entgegenzunehmen und über die aktuelle Situation zu berichten. Andrea Jelovčić vom «Centre for Peace Studies» (CMS) ist zuvor in Saignelégier und in Delémont eingeladen, um am 14. Juni, dem Frauenstreiktag in der Schweiz, insbesondere zur Lage von geflüchteten Frauen auf der Balkanroute zu intervenieren. Am Tag darauf findet eine Pressekonferenz in Bern statt und mehrere Treffen mit Schweizer Parlamentarier·innen. Einige von ihnen reagieren erstaunt, schockiert und hilfsbereit auf die Berichte von Anamaria Macanović und Suzana Rendulić von «Are You Syrious?». Sogar ein Treffen der 3 Frauen mit Christine Schraner Burgener, der Chefin des Staatssekretariats für Migration (SEM), kommt zustande. Ihr Amt ist verantwortlich für die Beantwortung der Asylgesuche und für die Abschiebungen von der Schweiz nach Kroatien, die nach wie vor stattfinden. Die Zusammenkunft verläuft in einem diplomatischen Ton. Immerhin können die Frauen aus Kroatien erklären, warum sie die Ausschaffungen aus der Schweiz für unzumutbar halten. Schraner-Burgener reist im Juli für kurze Zeit nach Kroatien, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen.

Für die Preisverleihung treffen wir uns dann in einem weiträumigen, grosszügig angelegten Gebäude in Bern – eine renovierte sechsstöckige ehemalige Fabrik, in der jetzt an die 300 Menschen wohnen. Das Haus wird in genossenschaftlicher Selbstverwaltung geführt und beherbergt neben den Wohnungen und Wohngemeinschaften nicht nur einen Veranstaltungsraum, in dem die Preisübergabe stattfindet, sondern auch noch viele weitere grosse Räumlichkeiten für diverse Aktivitäten. Es ist wunderbar, dass es solche Möglichkeiten in der Schweiz gibt – ein grosses Privileg! Wie erleben das wohl Menschen, die ihr bisheriges Leben auf engstem Raum, zum Teil mit ihnen unbekanntem Menschen verbringen mussten?

#### Keine Sicherheit

Wir werden herzlich von mehreren Bewohner·innen des Gebäudes empfangen. Rund 50 Freund·innen und Unterstützer·innen sind gekommen. Und für die musikalische Begleitung Juliette und Markus von Musique Simili.

Zu Beginn der Veranstaltung gedenken wir in einer Schweigeminute der über 600 Menschen, die am Tag davor im Mittelmeer einen grauvollen Tod gestorben sind. Trauer, Entsetzen und Wut – dieses Abschottungssystem geht schon zu lange über Leichen. Sophie Guignard, politische Sekretärin von Sospf (Solidarité sans frontières) erzählt mir am Abend, dass ein Freund von ihr in besagter Nacht Alarmphone-Bereitschaftsdienst hatte und mit den um Hilfe suchenden Menschen auf dem Schiff gesprochen hat, kurz bevor das Fischerboot unterging. Die griechische Küstenwache wurde alarmiert, trug jedoch, laut Zeugenaussagen von Überlebenden, massgeblich zum Untergang des Schiffes bei.

Die Rednerinnen auf dem Podium kommen auch aus einem Grenzland zwischen der Festung Europa und dem Rest der Welt, nur 666 Kilometer Luftlinie von Bern entfernt. Auch dort ist es nicht weit her mit der Grosszügigkeit, wenn es um geflüchtete Menschen geht. Von 12.700 Asylanträgen in Kroatien im Jahr 2022 wurden nur 21 positiv beantwortet – und das dank der Anstrengungen von Initiativen wie AYS und dem CMS. Andrea Jelovčić vom CMS sowie Anamaria Macanović und Suzana Rendulić von AYS berichten, dass die Sicherheit der Geflüchteten in Kroatien nicht garantiert ist. Die zwei existierenden Empfangszentren sind überfüllt, ärztliche Versorgung und psychologische Hilfe werden nicht gewährleistet, die hygienischen Verhältnisse sind katastrophal, Polizeigewalt und brutale Abschiebungen an der Tagesordnung. In den Aufnahmezentren von Zagreb und Kutina, 80 km von der Hauptstadt entfernt, schläft ein Teil der Geflüchteten auf dem Boden. Frauen und Männer, die sich nicht kennen, sind oft zusammengepfercht in winzigen Zimmern, was grundsätzlich verboten ist. Auch was Lebensmittel und andere lebensnotwendige Bereiche wie Kleidung, Medikamente etc. betrifft, erzählen die drei Frauen von unmenschlichen Zuständen.

Es mangelt an allem. Insbesondere schwangere Frauen, Minderjährige sowie kranke und schwache Personen sind hier in Gefahr.

Beweise erbringen

Warum also werden nach wie vor Geflüchtete aus der Schweiz – einem Land, dessen Reichtum uns entgegenschlägt, sobald wir es betreten – nach Kroatien ausgeschafft? Nach Ermessen der Schweizer Regierung ist Kroatien ein sicheres Land; daher «darf» sie – nach den Dublin-Verträgen – die Geflüchteten, die zuvor in Kroatien registriert wurden, dorthin zurückschicken. Was dann mit ihnen passiert, betrifft die Eidgenossenschaft von dem Moment an nicht mehr.

Zwischen Januar und Juni hat das Staatssekretariat für Migration 67 Asylwerber·innen (Stand 16.6.) nach Kroatien zurückgeschickt, mehr als im ganzen Jahr davor. Diese Menschen sind in Kroatien nicht in Sicherheit. In letzter Zeit gab es in der Schweiz immer wieder starken Protest gegen solche Rückschaffungen. Doch auch mit der Kampagne #StopDublinCroatie, die seit mehreren Monaten läuft, konnte bisher nichts verändert werden.

Guido Ehrler, ein in Migrationsangelegenheiten engagierter Rechtsanwalt, ergreift das Wort in der Diskussion nach dem offiziellen Teil der Preisverleihung: «Wir müssen der Regierung gegenüber beweisen können, dass die Situation für Geflüchtete in Kroatien zu gefährlich ist. Daher sind die Informationen dieser Frauen extrem wichtig. Nur so können wir auf juristischer Ebene erreichen, dass die Abschiebungen nach Kroatien gestoppt werden.»

Die Mitglieder von AYS und das CMS engagieren sich auch für Menschen, die versuchen, von Bosnien aus die kroatische EU- und Schengen-Aussengrenze zu überqueren. Die Flüchtenden werden sehr oft von der Grenzpolizei misshandelt und zurückgeschickt. Solche Abschiebungen («Pushbacks») sind illegal, weil jeder Schutzsuchende das Recht hat, Asyl zu beantragen und angehört zu werden. Inzwischen werden Geflüchtete auch im Landesinnern von Kroatien gejagt und nach Bosnien zurückgeschafft. Diese illegalen Vorgehensweisen sind hundertfach von den NGOs dokumentiert und in der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht worden.

Die im CPS und bei AYS arbeitenden Frauen sind immer wieder Drohungen des Staates ausgesetzt. Mit der Verleihung des Preises möchten wir ihre Arbeit in der Schweiz bekannt machen, ihnen den Rücken stärken und die Zusammenarbeit auf juristischer Ebene zwischen ihnen und schweizerischen Anwält·innen fördern. Vielleicht können auf diese Weise der Schweizer Regierung die Augen geöffnet werden!

Im Namen der Festung Europa

Doch nicht nur die Schweiz, auch andere Länder schieben ab. M., ein junger syrischer Kurde, der Suzana, Anamaria und Andrea nach Bern begleitet hat, war vor ein paar Jahren mit seiner Familie von der Türkei über Kroatien nach Deutschland gekommen. Wegen «Dublin» erhielt er dort kein Asyl und wurde an seinem 18. Geburtstag, einen Tag vor der Hauptschulabschlussprüfung, die ihn vor der Ausschaffung geschützt hätte, seiner Familie entrissen und nach Kroatien abgeschoben. Wenn ihm dort nicht die Frauen von AYS geholfen hätten, wäre er längst wieder in Syrien und möglicherweise nicht mehr am Leben. Er spricht inzwischen perfekt fünf Sprachen (Kurdisch, Türkisch, Deutsch, Englisch, Kroatisch) und lacht gerne, doch wenn er seine Geschichte erzählt, wird er ernst, und spät am Abend fragt er schmunzelnd Pfarrer Andreas Nufer<sup>3</sup>, der bei der Preisverleihung die Laudatio gehalten hat: «Könntet Ihr nicht all diese Politiker und bösen Menschen in die Hölle schicken?»

Michael Rössler vom Europäischen BürgerInnen Forum erinnert jedoch daran, dass mit der überraschenden Wahl im letzten Dezember von Elisabeth Baume-Schneider<sup>4</sup> in die Landesregierung Hoffnung für eine menschlichere Herangehensweise in der Asylpolitik aufgekommen war: «Die neue Bundesrätin versucht, ihren Spielraum ein wenig zu nutzen, um gewisse Erleichterungen für bestimmte Gruppen zu erreichen. Doch das geht nicht weit genug. Sie müsste die Dublin-Ausschaffungen nach Kroatien stoppen, weil dort die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Wie kann die Bundesrätin, die ja eher von einer links-progressiven Seite herkommt, es mit ihrem Gewissen vereinbaren, schutzsuchende Menschen an solche Länder auszuliefern?»<sup>5</sup>.

Inzwischen haben wir erfahren, dass Dr.iur. Martin Küng, Gerichtsschreiber am Schweizer Bundesverwaltungsgericht, sein Amt niedergelegt hat mit der Begründung, dass das «Referenzurteil» zu Kroatien (BVGer E-1488/2020), nach dem keine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) vorliege und schutzbedürftige Personen deshalb nach Kroatien zurückgeschickt werden dürften, politisch und nicht rechtlich motiviert sei. «Ich werde nie mit meinem Namen für Handlungen eintreten, welche kausal zur Verletzung der EMRK führen», hat Dr. Küng in seinem Tweet verlauten lassen. Ein mutiger Mensch, der auf sein Gewissen hört und die derzeitige Rechtsprechung zu den Ausschaffungen nach Kroatien demaskiert hat. Vielleicht ändert sich ja doch noch etwas!

Constanze Warta

PS: Eine Schweizer Delegation von mehreren NGOs weilte Anfang Juni in Kroatien und hat den folgenden umfassenden Bericht verfasst: «Eine Spirale der Gewalt – Dublin-Rückführungen nach Kroatien und die Rolle der Schweiz» von Solidarité sans frontières und Droit de Rester, 28.6.2023. Zu finden unter: [www.sosf.ch, news](http://www.sosf.ch/news). Bitte lesen und bekannt machen!

1. Der mit 12.000 Franken dotierte Menschenrechtspreis «Offene Alpen» wird vom Europäischen Bürgerinnen Forum und vom schweizerischen Verein «Freundeskreis Cornelius Koch» an Personen und Gruppen verliehen, die sich aktiv für die Rechte von Geflüchteten, anderen benachteiligten Menschen und von bedrohten Minderheiten in Europa einsetzen.

2. Sie finden alle Artikel unter :  
[www.forumcivique.org/kampagnen/balkanroute/](http://www.forumcivique.org/kampagnen/balkanroute/)

3. Andreas Nufer ist Pfarrer der reformierten Heiliggeistkirche in Bern. Er ist seit Jahrzehnten aktiv mit und für Geflüchtete. Er ist Teil des Projektes «offene kirche bern».

4. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider ist Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) und daher auch oberste Verantwortliche der Asylpolitik in der Schweiz.

5. «kath.ch» online, 17.6.2023: Interview mit Michael Rössler: [www.kath.ch/newsd/schweizer-menschenrechtspreis-offene-alpen-geht-an-kroatische-organisationen/](http://www.kath.ch/newsd/schweizer-menschenrechtspreis-offene-alpen-geht-an-kroatische-organisationen/)

## Are You Syrious?

AYS ist eine gemeinnützige Organisation, in der mehr als 160 Freiwillige in Kroatien und in anderen Ländern aktiv sind. AYS setzt sich auf vielfältige Weise für die Rechte von Menschen auf der Flucht ein. Zudem werden Sprachkurse und individuelle Unterstützung für Kinder in den Schulen angeboten. Das Integrationszentrum der Initiative betreibt einen Umsonstladen für Geflüchtete und andere Menschen in Not. Als Mitglied des «Border-Violence-Monitoring-Netzwerkes» (BVMN) dokumentiert AYS Menschenrechtsverletzungen innerhalb Kroatiens und an den Grenzen des Landes. Immer wieder wird ihre juristische Arbeit schwer kriminalisiert; sie sind konfrontiert mit Todesdrohungen, Gerichtsverfahren, Haftandrohungen, enormen Geldstrafen und sogar mit dem Versuch des kroatischen Innenministeriums, ihre Arbeit zu verbieten.

## Centre for Peace Studies

Das Zentrum für Friedensforschung CMS (kroatische Abkürzung) ist ebenfalls eine gemeinnützige Organisation und ist aus der Friedensarbeit nach dem Jugoslawienkrieg entstanden. Es arbeitet mit drei sich ergänzenden Programmen: Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und ethnischem Exklusivismus. Das CMS fördert Gewaltlosigkeit und sozialen Wandel durch Bildung, Forschung und Aktivismus, setzt sich für das Recht auf Asyl und Migration ein und arbeitet eng mit «Are You Syrious?» zusammen. Gemeinsam haben die beiden Organisationen beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof die Verurteilung Kroatiens wegen Missachtung der Rechte von Geflüchteten erreicht und werden international als Expertinnen in Asyl- und Migrationsfragen geschätzt.

## GRIECHENLAND/MIGRATION

Verbrechen  
auf hoher See

Hunderte Menschen sind vor der Küste Griechenlands ertrunken – vor den Augen der griechischen Küstenwache. Dieser Schiffbruch war kein Unglück, er war ein Verbrechen.

Ich spreche heute als Teil vom Netzwerk «Watch the Med Alarmphone». Seit fast neun Jahren betreiben wir eine Telefonnotrufnummer für Flüchtende in Seenot. Wir üben Druck aus für Rettungen. Und dokumentieren die Verbrechen an den EU-Aussengrenzen. Mit kollektiver und praktischer Solidarität versuchen wir, als Netzwerk mit Aktivist:innen vom Senegal bis in die Schweiz dem Sterben entlang der Migrationsrouten gemeinsam entgegenzuwirken. Dieses Mal leider vergebens.

Letzte Woche, am 13. Juni 2023, hatten wir die griechische Küstenwache um 16:53 Uhr MEZ zu einem völlig überladenen Boot in der griechischen Seenotrettungszone alarmiert. Wir waren in direktem Kontakt mit dem Boot, leiteten dessen Hilferuf weiter. Die griechischen Behörden waren bereits einige Stunden zuvor alarmiert worden – unter anderem von Frontex.

Die griechischen und andere europäischen Behörden wussten – wie uns heute bekannt ist – mindestens seit ca. 09:47 Uhr morgens von diesem überfüllten und seeuntüchtigen Schiff. Eine Rettungsaktion wurde nicht eingeleitet. In den frühen Morgenstunden des 14. Juni 2023 kenterte das Schiff – hunderte Menschen starben. Um von seiner Schuld abzulenken, hat Griechenland in der Folge neun vermeintliche Schmuggler:innen verhaftet und behauptet, die Leute hätten nicht gerettet werden wollen, sondern hätten Italien als Ziel gehabt. Das ist ein zynisches, billiges Ablenkungsmanöver vom eigenen Versagen, von der eigenen Schuld.

In den Tod getrieben

Griechische Grenzschutzbeamten verletzen seit Jahren systematisch die Rechte von Flüchtenden. Die Menschen auf der Flucht wissen, dass tausende Geflüchtete von griechischen Einheiten beschossen, geschlagen und auf dem Meer ausgesetzt wurden. Sie wissen, dass die Begegnung mit der griechischen Küstenwache, der griechischen Polizei oder dem griechischen Grenzschutz oft Gewalt und Leid bedeutet. Aufgrund der systematischen Zurückdrängung versuchen die Boote, Griechenland zu umgehen, indem sie viel längere Routen fahren und ihr Leben auf See riskieren. Als Alarmphone haben wir unzählige Fälle von Pushbacks dokumentiert, aber auch Fälle, in denen überfüllte Boote gekentert sind, weil sie längere Routen genommen haben, um den griechischen Polizeikräften auszuweichen.

Nachdem das Fischerboot gekentert war, haben die griechischen Behörden ihr Versagen bei der Rettung schnell öffentlich gerechtfertigt. In Wirklichkeit waren sie bereits viele Stunden vor dem Kentern des Schiffes alarmiert worden. Die europäischen Behörden hätten ohne Verzögerung und jederzeit angemessene Rettungsmassnahmen einleiten können. Sie haben es nicht getan. Ihr Wunsch, Ankünfte zu verhindern, war stärker als die Notwendigkeit, hunderte von Menschenleben zu retten. Seit dem Unglück kommen immer mehr Indizien ans Licht, die Schreckliches erahnen lassen: Überlebende erzählen, die griechische Küstenwache habe sie mit einem Seil gezogen, auf Grund dessen das Schiff schliesslich gesunken sei. Andere erzählen, die griechische Küstenwache habe dem Sinken und den ertrinkenden Menschen zuerst lange zugeschaut, bevor sie Rettungsmassnahmen eingeleitet habe.

Die Verbrechen benennen

Während sich die griechische Küstenwache in Widersprüche verstrickt, gehen andernorts die brutalen Attacken weiter: Die letzten Tage erreichten uns wieder Berichte von Gruppen an der griechisch-türkischen Landgrenze. Sie berichteten von brutalen Pushbacks und von Angriffen durch griechische Einheiten. Die Leidenden sind all jene auf der Reise sowie die Überlebenden und die Angehörigen. Seit letzter Woche sind wir mit zahlreichen Angehörigen in Kontakt. Sie alle suchen verzweifelt nach Informationen über ihre Liebsten. Und sie beklagen sich alle, dass sie von den griechischen Behörden keine Hilfe erhalten. Und die Überlebenden sind bis heute quasi eingesperrt, in einem vergitterten Camp in Malakasa, in Griechenland. Verdammend ist es so schwierig einzusehen, dass Menschen, die ein solches Massaker überlebt haben, kein Camp brauchen, sondern eine traumasensitive Umgebung?

Die Entstehung von diesem Schiffswrack, die Rechtfertigung der Behörden, der zynische Auftritt vom Frontex-Chef, dem von den Tamedia-Zeitungen gar noch eine Plattform gegeben wurde, die Behandlung von Überlebenden und Angehörigen – sie zeigen in ihrer ganzen Unverblümtheit das rassistische Migrationsregime Europas: Gewisse Menschen haben keine Rechte, kein Recht auf Leben, kein Recht auf würdiges Trauern, kein Recht auf angemessene Betreuung.

Hinzu kommt die ausbleibende Empörung von weiten Teilen der Gesellschaft und der Medien: Haben früher solche Unglücke Menschen und Medien mobilisiert, hört und liest man gerade in der Schweiz und auch anderswo kaum mehr etwas. Die beiden grossen linken Parteien der Schweiz? Sie blieben einfach still. Und genau da ist es unsere Verantwortung, solche Geschehnisse, niemals, NIEMALS zur Normalität werden zu

lassen. Selbst wenn wir gefühlt Wenige sind, können wir auch in kleiner Anzahl laut und wehrhaft bleiben, können widerständige und kräftige Vernetzungen aufbauen – zwischen Menschen in Abfahrtsländern, Menschen auf der Reise, Aktivist-innen an Transitorten, Angehörigen und Menschen in Ankunftsändern wie der Schweiz. Und genau da setzen wir weiterhin an: Wir werden weiterhin um jedes Boot kämpfen, weiterhin die Verbrechen an den EU-Aussengrenzen benennen, weiterhin unbequem bleiben – gemeinsam mit vielen von euch und gemeinsam mit oft nicht sichtbaren Mitstreiter-innen! Hört auf, Reisende dafür verantwortlich zu machen, dass sie versuchen, eurer Gewalt zu entkommen! Hört auf, Menschen auf der Flucht für ihren eigenen Tod verantwortlich zu machen!

Stoppt Pushbacks, beendet das Sterben auf dem Meer!

Im Gedenken an die über 27.000 Menschen, die seit 2013 an den EU-Aussengrenzen umgebracht wurden.

Alarmphone Zürich

anlässlich der Gedenk- und

Wutdemonstration in Zürich

## BOSNIEN-HERZEGOWINA

«II Pause-Taste» in Lipa

Nachdem nichtstaatliche Hilfsorganisationen Alarm geschlagen hatten, gab es massive Proteste gegen das Abschiebe-Gefängnis im Migrant-innen-Lager von Lipa in Bosnien-Herzegowina (siehe Archipel Nr.326 / Juni 2023). Lokale Behörden in Bihac fühlten sich vom Bauherrn, dem ÖVP-nahen ICMPD (International Centre for Migration Policy Development) überrumpelt; Nationalratsabgeordnete in Österreich sowie Petitionen zahlreicher Bürger-innen intervenierten gegen die weitere Aushöhlung des Asylrechts und die Aussetzung der Menschenrechte. Die Proteste führten dazu, dass der Abschiebe-Trakt erst einmal nicht in Betrieb genommen wird. Immerhin ein Erfolg. Doch wir dürfen uns nicht darauf ausruhen. Wer die Verhandlungen der EU-Innenminister-innen und deren Ergebnis vom 8. Juni 2023 verfolgt hat, kann unschwer erkennen, dass eine Anlage wie diejenige in Lipa einen Probelauf dargestellt hat. Demnach soll es erstmals möglich werden, Asylverfahren bereits an den EU-Aussengrenzen in extra dafür eingerichteten Internierungslagern durchzuführen. Dadurch soll erreicht werden, dass Migrant-innen mit so genannten «geringen Aufnahmechancen» erst gar nicht in die EU gelangen, sondern umgehend zurückgeschickt werden.

Auch die Klage des ICMPD zur Einschüchterung der Hilfsinitiative SOS-Balkanroute, die den Skandal um Lipa aufgedeckt hat, ist weiterhin aufrecht.

EBF - Österreich

## FRANKREICH

Aufstände der

Erde verboten

Am 21. Juni wurde in Frankreich die Bewegung «Soulèvements de la terre» per Dekret durch den französischen Ministerrat verboten. Insgesamt wurden bis zu dem Tag bereits über 30 Personen, die sich angeblich an Aktionen gegen zerstörerische Megaprojekte beteiligt hatten, festgenommen und mehr als drei Tage und drei Nächte in Polizeigewahrsam festgehalten. In zahlreichen Städten in ganz Europa wurden Solidaritätsproteste organisiert. Hier die Mitteilung der Bewegung:

In einer zweiten Welle von Festnahmen wurden am frühen Morgen des 20. Juni mindestens 18 Personen an einem Dutzend verschiedener Orte in ganz Frankreich, insbesondere in Notre-Dame-des-Landes, gefangen- und in Polizeigewahrsam genommen. Diese gross angelegte Polizeiaktion – am Vorabend der angekündigten

Auflösung der «Soulèvements de la terre» – ist in erster Linie eine Kommunikations- und Einschüchterungsoperation gegen die soziale Bewegung als Ganzes. Die Motive sind uns noch nicht vollständig bekannt, wurden aber von den Ordnungskräften während ihrer Einsätze erwähnt, insbesondere die Aktion gegen die Lafarge-Fabrik in Bouc-bel-air<sup>1</sup> im vergangenen Dezember und die Aktion in St. Soline<sup>2</sup>. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich noch nicht sagen, auf welche materiellen Elemente sich das Verfahren stützt. Diese Festnahmen erfolgten, nachdem Olivier Veran<sup>3</sup> die geplante Auflösung der «Soulèvements de la terre» per Dekret im Ministerrat am Mittwoch, den 21. Juni, angekündigt hatte: ein sehr politisches und besonders beunruhigendes Verbot, das von der Agrarindustrie und der FNSEA, der rechten Landwirtschaftsgewerkschaft<sup>4</sup>, sowie direkt vom Staatschef gefordert wurde. Die Regierung beugt sich damit dem Druck der Gewerkschaft, die damit gedroht hatte, im Falle einer Nichtauflösung gewaltsam gegen Einzelpersonen der «Confédération Paysanne», der linken Bäuer·innengewerkschaft<sup>(5)</sup> und der «Soulèvements de la terre» vorzugehen. Diese Festnahmen sind Teil einer anhaltenden Repression; es handelt sich nun um die zweite Welle von Festnahmen nach derjenigen, die am 5. Juni stattfand und zu Inhaftierungen von bis zu 82 Stunden führte.

Die Verhaftung von einigen Personen täuscht jedoch über die eigentliche Realität hinweg: Mehr als 108.000 Menschen haben Anfang April den Aufruf «Wir sind die Aufstände der Erde» unterzeichnet, sind Teil des Aufrufs und unterstützen die Volksbewegung zur Verteidigung von Land und Wasser. Die Verhaftungen bestätigen die Angst der Regierung vor einer Bewegung, die immer populärer und legitimer wird. In einer Zeit, in der sich die globale Erwärmung beschleunigt und die Agrarindustrie und die Lobbyist·innen sich Wasser und Land zu eigen machen, ist es dringend notwendig, sich der Gemeingüter wieder kollektiv anzunehmen und die immer knapper werdenden Ressourcen zu teilen.

Nichts wird Diejenigen aufhalten, die sich gegen diese himmelschreiende Ungerechtigkeit erheben. Wir wissen, dass die wahre kriminelle Vereinigung von Regierung, Agrarindustrie-Lobby und Bausektor dabei ist, die Erde unumkehrbar zu zerstören. Der Versuch, die Soulèvements zum Schweigen zu bringen, ist ein vergeblicher Versuch: Das Thermometer zu zerbrechen, anstatt das Fieber zu behandeln. Wir betonen, dass wir sowohl vergangene als auch zukünftige Aktionen zur gemeinsamen Nutzung von Wasser und Land unterstützen und dass diese fatalerweise zunehmen werden, solange die Verantwortlichen ihre Zerstörungen und Aneignungen fortsetzen. Wir sind unsererseits gelassen und bereiten unsere Verteidigung gegen die Auflösung vor, unbeeindruckt von den Schreckensbildern, die von der Regierung kommuniziert werden. Wir erinnern daran, dass für die Verhafteten die Unschuldsvermutung gilt. Wir werden vor Gericht gehen, denn wir glauben an die Möglichkeit eines juristischen Sieges, um diese ungerechte Entscheidung zu kippen, wie es bei anderen politisch motivierten Auflösungen der letzten Jahre der Fall war. Wir verurteilen insbesondere die Verhaftung eines Sprechers der Soulèvements, der zur gleichen Zeit in mehreren Medien eingeladen war. Diese Verhaftung zielt direkt darauf ab, ihn daran zu hindern, sich öffentlich zum Verbot zu äussern: ein inakzeptabler Versuch, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu beschneiden.

Les Soulèvements de la terre

20. Juni 2023

\* Weitere Informationen: <https://lessoulevementsdelaterre.org/>

1. Der Zementhersteller Lafarge überschreitet seit Jahren die von der EU festgelegten Umweltstandards für Staub und Schwefeloxide. Zusätzlich zu diesem ökologischen Verbrechen hat Lafarge den so genannten «Islamischen Staat» auf syrischem Territorium mitfinanziert, nur um dort seine Marktstellung zu behaupten, wofür das Unternehmen in den USA zu einer Geldstrafe in dreistelliger Millionenhöhe verurteilt worden ist.

2. Siehe Archipel Nr. 320, Dez. 2022: «Gefährliches Grossprojekt» von Bernard Schmid.

3. Stellvertretender Minister für «demokratische Erneuerung»

4. Die FNSEA ist die Mehrheitsbauerngewerkschaft der industriellen Landwirtschaft in Frankreich

LAUTSPRECHER

«Terres et  
Communs»

Vom 26. August bis 3. September 2023 findet in der Nähe von Bure (Meuse, Frankreich) ein transnationales Treffen der ländlichen und kleinbäuerlichen Kämpfe statt, zu dem Ihr herzlich eingeladen seid.

Wie wir schon öfters im Archipel berichtet haben, will die französische Atomindustrie bei Bure das riesige Atommüllendlager Cigéo bauen. Seit vielen Jahren sind Aktivist:innen an Ort und Stelle, um diesen Bau zu verhindern. Für diesen Sommer planen sie, gemeinsam mit diversen anderen Gruppen aus mehreren Ländern ein grosses, selbstverwaltetes, internationales Camp. Damit soll die Verbindungen und die Organisation zwischen möglichst vielen in landwirtschaftlichen und ländlichen Kämpfen hier und anderswo engagierten Aktivist:innen gestärkt werden.

Ihre Überlegungen und Ziele

Unsere Ebenen, Täler, Küsten und Berge werden durch intensive chemische Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, unnötige Grossbauprojekte, Landgrabbing und Denaturierung entstellt und zerstört. Gleichzeitig entleeren sich diese ländlichen Gebiete von ihren Bäuerinnen und Bauern. Um sie wieder zu erschliessen, schlagen wir vor, gemeinsam wünschenswerte, anschlussfähige und umweltfreundliche bäuerliche Alternativen zu definieren. Es geht auch darum, die Herausforderungen zu erkennen, die es zu bewältigen gilt, um Strukturen aufzubauen und dauerhaft zu erhalten: Wie können wir kleinbäuerliche Landwirtschaft attraktiv machen, wie den Zugang zu Land erleichtern, wie das Know-how (wieder) erwerben, welche landwirtschaftlichen Modelle und was für eine menschliche Organisation? Wie können wir kleinbäuerliche Kollektive aufbauen und langfristig erhalten? Wie können wir verhindern, dass in ihnen nicht die Ungleichheiten und Hierarchien reproduziert werden, die wir ausserhalb unserer Strukturen bekämpfen wollen? Wie können wir gemeinsam die sozialen, klimatischen und ökologischen Herausforderungen bewältigen?

Die ländlichen Räume sind von verschiedenen Kämpfen und Widerständen durchzogen, die nur unzureichend miteinander kommunizieren: Protestaktionen von Landwirt:innen; Blockade- oder Sabotageaktionen gegen industrielle Grossprojekte; Besetzungen wie die ZAD in Notre Dame des Landes (Bretagne/Frankreich), in der Lobau bei Wien und an anderen Orten; kleinbäuerliche Kollektive... Das Ziel dieses Camps ist es, aus der Isolation herauszukommen, diese Kämpfe sichtbar zu machen sowie gewisse Spaltungen zu überwinden. Ausserdem wollen wir die Möglichkeit geben, politische Verbindungen und Freundschaften zwischen denjenigen, die sie führen, zu festigen, egal ob sie vom Land oder aus der Stadt kommen. Wir wollen auf Perspektive all diese schönen Ideen in die Praxis überführen und die Kooperation zwischen Landwirt:innen und Einwohner:innen stärken, die Solidarität mit anderen Kämpfen in Frankreich und auf internationaler Ebene ausbauen und vielleicht sogar die Lust auf neue kleinbäuerliche Initiativen in der Region wecken!

Unser Treffen wird in dem Gebiet stattfinden, das durch das Projekt Cigéo zur Einlagerung hochradioaktiver Abfälle bedroht ist. Bisher ist das Endlager nicht genehmigt. Es sind jedoch riesige Infrastrukturbaustellen angekündigt. Hunderte Hektaren landwirtschaftlicher Flächen und Wälder wurden bereits von der französischen Atommüll-Agentur Andra aufgekauft, und Enteignungen könnten folgen. Mit dem Camp wollen wir auch den lokalen Kampf gegen das Cigéo-Projekt stärken. Wir laden euch ein, dieses Gebiet an unserer Seite zu verteidigen, an den laufenden Aktionen teilzunehmen, um dem atomaren Wahnsinn den Weg zu versperren. Unser Wunsch ist es, das Treffen in der konkreten Erfahrung zu verankern, indem wir vor allem diejenigen zu Wort kommen lassen, die Landwirtschaft betreiben und/oder in ländlichen Gebieten aktiv sind. Es wird auch darum gehen, die bäuerlichen und ländlichen Kämpfe unter verschiedenen Gesichtspunkten in Bezug auf Epochen, Gebiete und politische Positionierungen zu beleuchten. Zahlreiche Konferenzen, Diskussionsrunden, Workshops, Aktionen, sowie festliche und kulturelle Veranstaltungen sind in Vorbereitung.

Unser Treffen sieht sich als Teil der Kämpfe gegen die Zerstörung des Lebens und soll dabei helfen, neuen Schwung in unsere Netzwerke zu bringen.\*

Kommt also diesen Sommer nach Bure!

Weitere Informationen unter:

[www.all.lpr-camp.org](http://www.all.lpr-camp.org)

\*35 Organisationen und Initiativen in Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweiz, Rumänien, Ukraine unterstützen bereits dieses Treffen und seine Anliegen.

## ÖSTERREICH/SAATGUT

Saatgutraub –  
ganz legal?

In Österreich, dem einstigen Musterland in Sachen Umweltschutz und Biodiversität, findet von der Öffentlichkeit unbemerkt Biopiraterie statt. Wird die EU jetzt dieses Modell übernehmen?

«Menschen haben das Recht, ihr landwirtschaftlich gewonnenes Saatgut oder Vermehrungsmaterial aufzubewahren, zu verwenden, auszutauschen und zu verkaufen.» Dieser Satz steht in der Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten von Kleinbäuer:innen und anderen Menschen, die vom Land leben<sup>1</sup>. Die Deklaration der Vereinten Nationen wurde 2018 verabschiedet. Die weltweite Bewegung La Via Campesina, in der über 200 Mio. Kleinbäuer:innen, Landlose, indigene Gemeinschaften und Landarbeiter:innen vertreten sind, hat jahrelang dafür gekämpft. Die UNO-Mitgliederstaaten sind angehalten, diese Rechte in nationalen Gesetzen zu verankern. Wie schaut es mit der Umsetzung aus?

In unbezahlter Arbeit schufen Menschen über Jahrhunderte die Vielfalt der Kulturpflanzen. Sie gehört niemandem, alle sollten sie nutzen dürfen. Der wilde Apfelbaum kommt ursprünglich aus dem Gebiet des heutigen Kasachstan. Wind, Tiere und Nomad:innen verbreiteten seine Samen. Durch Zufall, Vermehrung und Selektion entstanden hunderte Apfelsorten, die an das Klima einer Region angepasst sind, mit Unterschieden im Geschmack, im Nährstoffgehalt, im Aussehen und in der Lagerfähigkeit. Mit wenig Energieaufwand können wir, gelagert in einem guten Keller, von Juli bis Mitte Mai Äpfel verschiedener Sorten aus dem eigenen Garten geniessen. Diese Vielfalt finden wir auch bei Gemüse-, Kräuter- und Getreidesorten. Hohertragsorten, Industrialisierung der Landwirtschaft und die darauf zugeschnittene Gesetzgebung haben die Sortenvielfalt dezimiert. Weltweit sind bereits 95 Prozent der Kultursorten unwiederbringlich verloren.

Was bedeutet Biodiversität?

Sortenvielfalt, verschiedene Ökosysteme, Vielfalt der Standorte und genetische Vielfalt innerhalb einer Sorte machen Biodiversität aus. Deren fachgerechte Erhaltung ist nur in situ, also standortgerecht und im Anbau von möglichst vielen Samenträgern möglich. In Samenarchiven und Genbanken werden Sorten in kleinen Mengen und grossen Zeitabständen angebaut. Das verringert die genetische Vielfalt der Sorte, die Vitalität, und die Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Umweltbedingungen. Eine lebendige Erhaltung der Vielfalt gelingt erst, wenn sie in grösserem Umfang an unterschiedlichen Orten stattfindet mit einem Austausch zwischen den Orten.

Erhaltung braucht Erhalter:innen

Für die Erhaltung der verbleibenden Sorten können wir auf ein aktives Netz engagierter Menschen, die auf ihren Feldern und in ihren Gärten eigenständig Erhaltungsarbeit leisten, nicht verzichten. Da in Österreich viele Erhalter:innen ihre Anliegen in bestehenden Organisationen nicht mehr vertreten sehen, haben einige 2019 die Initiative «Unverblümt» geschaffen, um sich gemeinsam zu organisieren, etwa bei der EU-Pflanzenpasspflicht oder bei den Regelungen des Saatgutverkehrs. Die Initiative konnte bereits Erfolge erzielen: Das Österreichische Landwirtschaftsministerium hat die Verordnung zur Pflanzengesundheit neu interpretiert. Die neue Bestimmung, eine Berechtigung zur Ausstellung eines Pflanzenpasses erwerben zu müssen, die die Weitergabe von Saatgut erst nach einem kostspieligen Anerkennungsverfahren möglich machen sollte, scheint vorerst von den Erhalter:innen abgewendet.

Unverblümt fordert:

Saatgut ist Gemeingut und jede:r darf alles anbauen. Jedes Saatgut kann zu Erhaltungssaatgut werden, wenn Erhalter:innen es zur Biodiversitätsentwicklung vermehren.

Erhalter:innen und alle, die Erhaltungsarbeit leisten, dürfen ihr Saatgut weitergeben und verkaufen.

Niemals darf Saatgut für das Erhaltungsnetzwerk durch Besitzansprüche Einzelner verloren gehen.

Sweet Chocolate und Shintokiwa

Aber die Privatisierung von Saatgut aus Saatgutnetzwerken schreitet von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt voran. Freie oder Vielfaltssorten gelten laut Gesetz als genetische Ressourcen, Erhalter:innen



dürfen sie weitergeben und verkaufen. Meldet jedoch eine Firma eine solche Sorte als EU-Handelssorte an, verliert diese den Status als genetische Ressource und diejenigen, die all diese Sorten vor dem Verschwinden bewahrt haben, verlieren ihre Rechte. Die Initiative Unverblümt erhebt zur Zeit Einspruch gegen zwei Sortenzulassungen: Die prominente Biosaatgutfirma Reinsaat meldete den Paprika Sweet Chocolate und die Gurke Shintokiwa als Eigenzüchtung an. Sobald irgendwo eine Sorte zur Zulassung angemeldet wurde, ist ihre Weitergabe in der gesamten EU verboten.

Der Wettlauf um genetische Ressourcen ist in vollem Gange. Züchtungsunternehmen sichern sich die verbliebenen Vielfaltssorten, um daraus Profit zu schlagen. Diese Sorten sind Gemeingut, doch sie sind rechtlich nicht geschützt, sozusagen vogelfrei. Sie können aus digitalen Sortenhandbüchern verschwinden, wir verlieren das Beweismaterial. Deshalb erschien heuer erstmals gedruckt die Sortenfibel von Unverblümt als Dokumentation alter Rechte, um die Sorten vor Aneignung durch Firmen zu schützen.

Was passiert auf EU-Ebene?

Die EU-Kommission arbeitet neuerlich an einem Entwurf zur Novellierung der Saatgutverkehrsordnung. Angesiedelt ist diese Arbeit in der Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, kurz DG Sante genannt.

Als die Kommission 2011 einen Entwurf zur Novellierung vorlegte, waren einige kritische Köpfe schon in den Startlöchern. Der Entwurf mit der Bezeichnung ‚Better Regulation‘ war vor allem für die Saatgutindustrie von Vorteil. Für Kleinbäuerinnen, -bauern und Erhalter·innen der Vielfalt war gar nichts besser, ihr Spielraum sollte weiter eingeschränkt werden. Die Saatgutkampagne, Longo maï und Arche Noah waren überzeugt, dass Better Regulation verhindert werden muss. In Österreich gelang es uns die Umweltorganisation Global 2000 (Friends of the Earth), die viel Erfahrung mit Kampagnenarbeit hat, ins Boot zu holen. Daraus entstand eine europaweite Kampagne gegen den Kommissionsentwurf – mit grossem Erfolg: Das EU-Parlament lehnte ‚Better Regulation‘ im Februar 2014 mit überwältigender Mehrheit ab. Danach wurde es still um die Neuregelung der EU-Saatgutverkehrsordnung.

Manche Organisationen zur Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt haben in den darauffolgenden Jahren ihre Richtung geändert. In der Zeitung der Euroseed vom September 2021 schreiben Magdalena Prieler (Arche Noah, A) und François Meienberg (Pro Specie Rarae, CH) in dem Artikel «How to Promote Agrobiodiversity and Sustainable Agroecosystems», dass sie die DUS-Kriterien durchaus befürworten. DUS steht für unterscheidbar, uniform und stabil. Alle zum Handel angemeldeten Sorten müssen diese Kriterien erfüllen. Die nicht registrierten Vielfaltssorten sind aber weder uniform noch stabil. Sie zeichnen sich gerade durch vielfältige Ausprägungen innerhalb einer Sorte aus. Diese Aussage und der Abdruck des Artikels durch die Euroseed, der Lobbyorganisation der Saatgutkonzerne, machten uns stutzig: Denn ein erleichtertes Zulassungsverfahren von Vielfaltssorten erleichtert deren Privatisierung.

Der erwartete neue Entwurf zur EU-Saatgutverkehrsordnung lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. In Brüssel will man anscheinend nicht noch einmal wie 2011 eine breite Diskussion in der Zivilgesellschaft entfachen und zieht es vor, sich vor der Veröffentlichung hinter verschlossenen Türen zu einigen. Vieles hat sich verändert: So gewinnen etwa angesichts sich ausbreitender Trockenheit Pflanzen mit dürreresistenten Genen an Bedeutung. Das Business wittert Profite. Erhaltungssorten und ihre Gene, lange als unrentable, alte Sorten belächelt, sind plötzlich für Saatgutfirmen interessant wegen ihrer vielfältigen Eigenschaften.

Arche Noah fordert erleichterten Marktzugang für Saatgut, das vom Industriestandard abweicht. Wie wir wissen, setzt diese Forderung in Österreich Saatgutraub voraus. Ganz zufällig ist der Direktor der Euroseed Österreicher. Ein Mitglied von Via Campesina, das an Sitzungen der DG Sante teilnimmt, in denen auch einige zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten sind, berichtet, dass das österreichische Modell bei der EU-Kommission auf große Zustimmung stösst. Wir erwarten einen dementsprechenden Entwurf der DG Sante.

Wir haben Folgendes gelernt: Rechte nicht Ausnahmen!

Saatguterhalter·innen bewegen sich in einer Nische ausserhalb der Saatgutgesetze. Ihr Saatgut befindet sich jedoch innerhalb des Geltungsbereichs dieser Gesetze. Die Erhalter·innen sind ungeschützt und können den Zugang zu ihrem Saatgut verlieren. Die Beispiele Sweet Chocolate und Shintokiwa geben uns die Gelegenheit, die bäuerlichen Rechte, die in der UNDROP-Deklaration verbrieft sind, durchzusetzen. Das Recht auf Saatgut ist ein Menschenrecht.

Heike Schiebeck, Initiative Unverblümt

Longo maï, EBF Österreich,

Mehr Infos zur Initiative Unverblümt unter: [www.archemitzukunft.net](http://www.archemitzukunft.net)

1. Artikel 19 von UNDROP (United Nations Declaration on the Rights of Peasants and Other People Working in Rural Areas.)

## LIBANON

### Getreidefest in der Bekaa-Ebene

Ende Mai waren wir zu viert aus unterschiedlichen Longo Mai-Kooperativen bei Freund·innen in der Bekaa-Ebene; ihr Projekt heisst «Buzuruna Juzuruna» – «Die Samen sind unsere Wurzeln»<sup>1</sup>. Vor sechs Jahren gegründet, arbeiten hier heute rund zwanzig Menschen – Frauen und Männer aus dem Libanon, Syrien und Frankreich.

Der Libanon ist mit rund zehntausend Quadratkilometern flächenmässig ungefähr ein Viertel so gross wie die Schweiz aber mit 667 Einwohner·innen pro Quadratkilometer dreimal so dicht bevölkert. Dieser schmale 220 km lange Streifen Land entlang der östlichen Mittelmeerküste zwischen Israel und Syrien stand von 1919 bis 1943 gemeinsam mit Syrien unter französischem Mandat bis es seine staatliche Unabhängigkeit in allgemeinen Wahlen beschloss. Die Verfassung schreibt vor, dass die drei zahlenmässig grössten der zahlreichen verschiedenen religiösen Strömungen, gleichberechtigt in der Regierung vertreten sein müssen. Das Land hat seit seiner Gründung nur wenige friedliche Perioden erlebt und viele Libanes·innen haben ihr Land verlassen, das zum Spielball der verschiedenen Interessen im Nahen Osten geworden ist. In den 50er Jahren flohen viele Palästinenser·innen in den Süden Libanons, bis die PLO 1970 ihre Kommandostruktur aus Palästina nach Beirut verlegte und vom Libanon aus zahlreiche Anschläge auf Israel verübte. 1970 kam es zum blutigen libanesischen Bürgerkrieg der erst 1989 ein Ende fand. Israel marschierte 1982 mit Bodentruppen im Libanon ein, mit dem Ziel, die PLO aus Libanon zu vertreiben. Die PLO-Führung verlegte daraufhin ihr Quartier nach Tunesien, aber rund 500.000 Palästinenser·innen leben bis heute noch im Land. Ein Grossteil der libanesischen Bevölkerung floh aus dem bis 2020 von der israelischen Armee besetzten Südlibanon. Zurück bleibt eine 6 Meter hohe Mauer, die den Süden Libanons von den besetzten palästinensischen Gebieten trennt. Auch Syrien hatte seit 1975 ständig Truppen in Libanon stationiert und wurde erst mit der Zedernrevolution<sup>2</sup> im Jahr 2005 gezwungen, diese aus Libanon ganz zurück zu ziehen. Kurz darauf führte die militärische Niederschlagung der Protestbewegung in Syrien zu einem anhaltenden Flüchtlingsstrom in die Nachbarländer. Bereits im März 2013 waren offiziell rund 700.000 syrische Flüchtlinge in Libanon; heute wird die Zahl auf 1,5 Millionen geschätzt. Diese schmerzhaft blutige Geschichte des kleinen Landes hat zum völligen Zerfall der staatlichen Strukturen geführt.

#### Die Abhängigkeit von Getreideimporten

Hinter der Mittelmeerküste steigt das Land zu dem zerklüfteten Libanongebirge auf 1500 bis 2500 Meter an, fällt danach wieder ab in die rund 1000 Meter hoch gelegene ursprünglich sumpfige und heute fruchtbare Bekaa-Ebene. Die wiederum wird im Osten von einem Gebirgszug begrenzt, der im südlichen Hermontgebirge auf über 3000 Meter ansteigt und in seiner ganzen Länge die Grenze zu Syrien und im Süden zu Israel und den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten bildet.

Die Bekaa-Ebene ist wie eine Oase; sie wird mit Wasser aus den Bergen versorgt, während sich östlich des Gebirges ein weites Steppen- und Wüstengebiet von Syrien bis in den Irak erstreckt. Es könnte Vieles produziert werden, das für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung notwendig ist. Dennoch hat der Libanon bis vor dem russischen Angriff auf die Ukraine den Grossteil des Getreides aus einem der beiden Länder importiert. Danach stiegen die Getreidepreise explosionsartig an, weil Getreide aus den USA oder Kanada sehr viel teurer ist und weil die Getreidehändler die Situation schamlos ausgenützt haben.

Der für die Importe wichtige Hafen von Beirut ist nach wie vor durch die extreme Wucht der Explosion einer Lagerhalle mit 2750 Tonnen Ammoniumnitrat weitgehend zerstört, mehr als 200 Menschen kamen dabei ums Leben, mehr als 6000 wurden schwer verletzt. Das Land ist bankrott, das Geld nichts mehr wert (1 Dollar entspricht 100.000 libanesischen Pfund). Die Brotpreise wurden eine Zeit lang von der Weltbank subventioniert, um den Aufstand der Bevölkerung zu beruhigen. Was liegt da näher, als eine weitgehende Selbstversorgung mit eigenem Getreide wieder aufzubauen. Doch im Libanon etwas aufzubauen, ist nicht

sehr einfach. Zu viele Menschen sind mit dem täglichen Überleben beschäftigt, Improvisation von einem Tag auf den anderen lässt nicht viel Raum für Perspektiven.

Ein Hoffnungsschimmer

Die Idee, hier ein Getreidefest zu feiern, entstand in einer Gruppe, die nicht aufgegeben hat, an eine friedliche Entwicklung zu glauben. Buzuruna Juzuruna (BJ) ist das erste Projekt im Libanon, in dem bäuerliche Gemüse- Getreide- und Blumensamen gewonnen werden – eine inzwischen recht grosse Samenbank ist die Grundlage. Die Gruppe gibt Kurse in Agrarökologie, sie verschenkt Samen und Setzlinge an Geflüchtete und sie lebt eine grenzenlose politische Utopie der Verständigung. «Nehua istiglaliya elfellahin» heisst eine Sammlung von Texten, die sie auf Arabisch publiziert hat – der Weg zu einer bäuerlichen Autonomie. BJ hat damit begonnen, an das Klima angepasste Getreidesorten zu suchen, und einen Vermehrungsgarten mit vielen alten Getreidesorten angelegt. Es sind Sorten, die nicht auf möglichst hohe Erträge gezüchtet und zu einer Zeit angebaut wurden, in der chemische Dünger und Spritzmittel noch nicht als die wichtigsten Faktoren im Getreideanbau galten. Allerdings werden die Sorten heute nicht mehr im Handel verkauft, sondern wurden zum Teil in Frankreich von dem Netzwerk der «Bäckerbäuerinnen und -bauern» erhalten oder sie kommen aus den Beständen europäischer Genbanken. So haben z.B. alte Getreidesorten aus der deutschen Genbank, welche die Genossenschaft Longo maï auf dem Hof Ulenkrug in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren erhält, im Nahen Osten ihren Ursprung und wurden in Buzuruna Juzuruna dankbar wiederentdeckt.

Um Brot backen zu können, braucht es allerdings mehr als nur einen Erhaltungsgarten. Das meiste Land in der Bekaa-Ebene gehört jedoch Grossgrundbesitzer·innen, die nicht bereit sind, Land zu verkaufen. Auch hier dient das Agrarland mehr der sicheren Geldanlage als der Selbstversorgung der Bevölkerung.

Inzwischen hat BJ kurzfristige Pachtverträge für einige Hektar Land erhalten, um grössere Mengen Saatgut zu gewinnen und bei ersten Backversuchen die Unterschiede der verschiedenen Sorten zu testen. Erst im letzten Jahr hat einer der Grundbesitzer Interesse an dem Projekt gefunden und 12 Hektar fruchtbares Land der Gruppe zunächst für ein Jahr verpachtet. Rund 30 Getreidesorten, vor allem Weizen, einige Hafersorten, Gerste und Roggen wurden hier abwechselnd mit Linsen, Kichererbsen und Saubohnen eingesät – eine Vielfalt, die nur selten zu sehen ist und alle Besucher·innen begeistert.

Die Freude über den Anbauerfolg war gross und so kam es gleich zu der nächsten Herausforderung: Es braucht mehr Landwirt·innen, die alte Sorten anbauen, Müller·innen, die den Weizen mahlen und es braucht Bäcker·innen, die das Mehl verbacken. BJ hat deshalb alle Freundinnen und Freunde eingeladen, darunter auch einige kleine Bäcker·innen, Bäuerinnen und Bauern aus der Umgebung, um zu besprechen, wer sich an einer regionalen Verarbeitung alter Getreidesorten beteiligen kann und will.

Weil der Libanon eben ein kleines Land ist, hat sich die Initiative schnell herumgesprochen und es kamen rund 60 Leute aus Beirut, aus dem Süden und dem Norden.

Brot backen

Zuerst tauschten sich die verschiedenen Bäcker·innen untereinander aus und es gab die unterschiedlichen Brote zu kosten: das im Nahen Osten überall übliche «Tannour», ein Fladenbrot, das in dem gleichnamigen Lehmofen gebacken wird und das ebenso verbreitete Saj-Brot, ein Fladenbrot, das ohne Hefe auf einer abgeflachten Halbkugel gebacken wird. Diese beiden sind das übliche Brot, das zu jeder Mahlzeit gegessen wird. Daneben gab es von verschiedenen Bäcker·innen Hefe- und Sauerteigbrote, wie sie in Europa meistens gegessen werden. Brote, die in Formen gebacken oder «frei geschoben» und in Scheiben gegessen werden. Für Tannour oder Saj-Brot braucht es keinen aufwendigen Ofen, ein einfacher Lehmofen, mit Holz beheizt, reicht dafür aus. So haben sich fünf Frauen in der Bekaa-Ebene zusammengeschlossen, um täglich ungefähr 60 Brote zu backen und kostenlos zu verteilen. Auf Grund der hohen Energiepreise sind sie von Gas auf Holz umgestiegen. Sie verarbeiten lokales Getreide und lassen es in einer «Tiroler Steinmühle», die von der amerikanischen Vereinigung «Green Mill» in der Bekaa-Ebene installiert wurde, mahlen und sieben. Andere Bäckereien, die ebenfalls Interesse an den alten Weizensorten haben, backen nach europäischer Art, allerdings erreichen sie nur einen kleinen Kundenkreis in Beirut. Auch die Grossbäckerei «Teffeh Bakery» war mit «Anas» vertreten, die als Bäckerwerkschaft entstanden ist und vor der Krise ungefähr 10 Tonnen Mehl pro Tag verarbeitet hat. Allerdings sind die alten Getreidesorten nicht für die industrielle Teigzubereitung geeignet, aber Anas findet das Projekt der lokalen Selbstversorgung sehr wichtig, denn sie hat festgestellt, dass die mittellose Bevölkerung seit der Brotkrise weniger Brot kauft als vorher.

Am Nachmittag ziehen alle zu dem Feld, auf dem BJ die dreissig Getreidesorten angebaut hat. In einem grossen Zelt gehen die Diskussionen weiter. Hier geht es mehr um die Bedeutung der alten Sorten für die Landwirt·innen in Anbetracht der hohen Preise für das importierte Hybridsaatgut, Dünger und Spritzmittel. Tatsache ist, dass im Libanon noch viele landwirtschaftliche Flächen brach liegen. Da keinerlei staatliche Statistiken vorhanden sind, gibt es auch keine vertrauenswürdigen Zahlen. Es gibt auch keinerlei staatliche

Bemühungen, den Selbstversorgungsgrad der Bevölkerung zu stärken. Ein Vertreter der industriellen Grossmühle «Bakalian» äusserte sich herablassend über die lokale Weizenproduktion, die angeblich schlecht gereinigt und gelagert wird und niemals die gleichbleibenden Werte von importiertem Weizen erreicht. Seine Schlussfolgerung ist: Wir ziehen den importierten Weizen vor. Natürlich kam es darauf hin zum Streit zwischen den Landwirtschaftstreibenden und ihm, wodurch die Herausforderung der Selbstversorgung mit Getreide besonders deutlich wurde. Die Firma «Bakalian» betreibt auch Grossmühlen in Togo und Ghana und ist offenbar keine Partnerin für die lokale Entwicklung.

Bei der Besichtigung der Felder sind Viele begeistert. Während alle Weizenfelder in der Umgebung künstlich beregnet werden, stehen hier die alten Getreidesorten ohne Beregnung und Kunstdünger hoch und fest. Mehrere Bäuerinnen und Bauern melden ihr Interesse an, im nächsten Jahr von diesen Sorten Saatgut zu bekommen. Offenbar mit dem Ergebnis zufrieden, hat der Eigentümer des Feldes versprochen, BJ auch in den kommenden Jahren die Flächen zu überlassen.

Mit der Unsicherheit leben

Wie wird es weitergehen mit den Geflüchteten aus Syrien? Schon jetzt dringen Militäreinheiten hier und da in Flüchtlingslager ein, entweder nur um die Menschen einzuschüchtern oder um einige von ihnen exemplarisch nach Syrien abzuschieben. Unverantwortliche Politiker·innen machen die Migrant·innen für die Wirtschaftskrise verantwortlich, Bashar al Assad will wieder freundschaftliche Beziehungen mit dem Libanon und verspricht, «das Flüchtlingsproblem zu lösen».

Das sind keine guten Zeichen, aber umso mehr sind konkrete Beispiele lokaler Entwicklung und gegenseitiger Hilfe eine Hoffnung, an der es sich lohnt, festzuhalten.

Jürgen Holzappel, Longo mai

1. siehe auch Archipel Nr. 319, «Auf der Asche des Systems».

2. Zedernrevolution ist die Bezeichnung für die Serie von Demonstrationen der Zivilgesellschaft im Libanon, hauptsächlich in Beirut, die durch ein tödliches Attentat auf den ehemaligen libanesischen Premierminister Rafiq al-Hariri am 14. Februar 2005 ausgelöst wurde.